

Der Vorsitzende, Herr Knülle, begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt den Geschäftsführer des JobCenter, Herrn Holtkötter, sowie seine Vertreterin Frau Kramer. Weiterhin begrüßte er den Investor des geplanten Bauvorhabens, Herrn Pütz. Sodann übergab Herr Knülle das Wort an Herrn Holtkötter.

Herr Holtkötter erläuterte den Anwesenden die Entstehung des heutigen JobCenter. Hierbei schilderte er die seinerzeitigen Problemstellungen bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten, welches sich als große Herausforderung herausstellte. So sei man zum damaligen Zeitpunkt mit den Büroräumlichkeiten in der Konrad-Adenauer-Stiftung fündig geworden. Bereits bei Einzug in die dortige Liegenschaft habe man hierbei feststellen müssen, dass diese Räumlichkeiten jedoch nur sehr bedingt geeignet seien, um eine kunden- sowie mitarbeiterorientierte Nutzung dauerhaft zu gewährleisten. Da diese Räumlichkeiten auch nur bedingt den gesamten Raumbedarf, hier ebenfalls für die Zentrale des JobCenter, decken konnten, mussten weitere Räumlichkeiten im sog. TechnoPark angemietet werden. Zusammenfassend hielt Herr Holtkötter fest, dass die in den letzten Jahren vorherrschenden Bedingungen der genutzten Räumlichkeiten weder den Bedürfnissen der Kunden noch denen der Mitarbeiter gerecht würden. Dieses sei auch den sanierungsbedürftigen Büroräumlichkeiten geschuldet, welche u.a. einer umfangreichen und langwierigen energetischen Instandsetzung bedürften. Die derzeitigen desolaten Zustände mit z.T. massiven Schäden innerhalb der einzelnen Büros würden derzeit sogar die Betriebsfähigkeit enorm gefährden. Hieraus folgernd sei auch die dringliche Notwendigkeit gegeben, welche einen schnellstmöglichen Umzug des JobCenters unter den v.g. Kriterien erfordere.

Aus den v.g. Gründen entwickelte sich sodann auch die in den letzten Jahren begonnene Umorientierung nach alternativen Räumlichkeiten, welche einen wie nun beabsichtigen/geplanten Umzug fokussierte. Mangels bekannter und/oder erkennbarer Liegenschaftsalternativen im Zentrum, welche auch in wirtschaftlicher Betrachtung zu Raumnutzen und Miete sodann stehen müssten, entstand der Kontakt zum Investor und die potentielle Idee zum nun in Rede stehenden Vorhaben. Diese Vorgehensweise sei auch bereits vorab mit bzw. durch die Trägerversammlung abgestimmt worden.

Aus Sicht des JobCenter seien die mit dem beabsichtigten Standort auf dem sog. Dolorgiet-Gelände gegebenen Infrastrukturen, entgegen der ihm zu Ohren gekommenen Bedenken, für die Nutzung i.R. Kundenverkehr gut geeignet – so seien in unmittelbarer Nähe ausreichend Bushaltestellen vorhanden, sowie in ausreichender Stückzahl Parkplatzflächen gegeben bzw. geplant. Herr Holtkötter äußerte insofern auch große Verwunderung, dass für die Absichten eines Umzuges nun seitens der Stadt Sankt Augustin Widerstände zu erwarten seien. Hierbei stellte er ebenfalls klar, dass der JobCenter -bei städtischer bzw. politischer Uneinigkeit über das hier zu diskutierende Vorhaben- auch einen gänzlichen Umzug von Zentrale sowie Kunden-/Leistungsbereich, mithin mit ca. 130 Mitarbeitern, in Erwägung ziehen müsse. Dieses könne dann dazu führen, dass auch Kunden aus dem Sankt Augustiner Stadtbereich sodann für ihre Angelegenheiten an einen anderen Standort, wie beispielsweise Troisdorf, gelangen müssten. Ein wie bisher gegebener glücklicher Umstand, dass Sankt Augustin einen eigenen Standort habe, könne sodann nicht mehr Aufrecht erhalten werden. Dieses würde er für Sankt Augustin sehr bedauern, jedoch sei es für den JobCenter,

insbesondere aus wirtschaftlichen Erwägungen, enorm wichtig, einen leistungsfähigen und sodann auch bezahlbaren Standort zu finden. Tragbare Alternativen zu dem hier in Rede stehenden Standort seien im bisweilen nicht bekannt. Insofern hoffe er, dass man nun einen Konsens finde.

Der Vorsitzende dankte für die umfangreichen Schilderungen aus Sicht des JobCenter. Betreffend der nun zu diskutierenden Thematik hätte er sich eine frühere Einbindung gewünscht, welche möglicherweise nun aufgetretene Irritationen und Verwunderungen hätte verhindern lassen. Gleichwohl vertrete er die Auffassung, dass eine derartige öffentliche Einrichtung nicht in einem Gewerbegebiet beheimatet sein sollte. Die hier vorhandenen und/oder zu schaffenden Busanbindungen seien zwar gegeben, jedoch auch nicht als ideal zu bezeichnen. Eine frühere Beteiligung der politischen Gremien sei an dieser Stelle insofern ebenfalls wünschenswert gewesen, damit ggf. mögliche Alternativen frühzeitig hätten gefunden werden können. Die nun im Raume stehende Lösungsidee müsse von daher nun intensiv diskutiert werden.

Herr Gleß äußerte in diesem Zusammenhang die für Sankt Augustin und das hiesige Zentrum große Bedeutung des JobCenters, zu welchem man sich auch von Seiten der Verwaltung klar bekenne. Der JobCenter, vormals ARGE, sei ein Erfolg und Zugewinn für Sankt Augustin, welchen man insofern auch mehr als gerne am Standort in Sankt Augustin halten möchte.

Seitens der Fraktion Bündnis90/Die Grünen dankte Herr Metz für die erläuternden Worte von Herrn Holtkötter, nach welchen ihm die Beweggründe des nun beabsichtigten Umzuges verständlicher erscheinen. Gleichwohl sähe Herr Metz hier einen Interessenkonflikt zwischen dem dortigen Gewerbegebiet „Einsteinstraße“, welches explizit auch Gewerbeausübungen mit Geräusch- und Schmutzentwicklung ermögliche. Insofern betrachte er die Heranziehung dortiger Flächen für die Nutzung des JobCenters als öffentliche Einrichtung, auch im Hinblick auf die zwangsläufig zu erwartenden Publikumsströme, als falsch. Aus seiner Sicht sei es hier wünschenswert, man würde den Standort JobCenter an einer zentraleren Stelle planen, welche sowohl in puncto Lage, Erreichbarkeit als auch Repräsentanz günstiger erscheine. Sicherlich könne man bei eventuellen Alternativstandorten auch über Kompromisse nachdenken. Auch in Anlehnung an JobCenter anderer Städte/Kommunen befürchte er einen sprichwörtlichen Trend der Aussiedlung/Dezentralisierung, welchen er für mehr als unglücklich erachte.

Herr Puffe (CDU) teilte ebenfalls mit, dass es aus seiner ersten Betrachtung wegen der nun beabsichtigten dezentralen Lage schwierig vorstellbar sei, eine öffentliche Einrichtung in einem Gewerbegebiet wiederzufinden. Auch er sehe es als problematisch an, dass der JobCenter nun in einem verhältnismäßig fern des Zentrums gelegen Gewerbegebiet angesiedelt werden solle. Insofern erfragte er, warum man nicht in unmittelbarer Zentrumsnähe entsprechende Grundstücke und/oder Büroräumlichkeiten in Betracht gezogen habe. Gleichfalls erfragte Herr Puffe die zeitliche Dringlichkeit eines seitens des JobCenters geplanten Umzuges in Bezug auf die mögliche Alternativenfindung zum nunmehr in Rede stehenden Standort.

Für die FDP-Fraktion erklärte Herr Schütze, dass sich natürlich auch seine Fraktion grundsätzlich eine Standortwahl im unmittelbaren Zentrum wünsche, wobei er die zuvor

kritisierte Erreichbarkeit des nun in Diskussion stehenden Standortes für weniger kritisch erachte. Positiv seien auch die mit dem Vorhaben sodann entstehenden Parkplätze und Erreichbarkeit in puncto Barrierefreiheit, welche er für sehr günstig ansehe. Insofern könne sich seine Fraktion auch den hier geplanten bzw. beabsichtigten Standort durchaus als Möglichkeit vorstellen.

Herr Holtkötter teilte mit, dass es sich bei den beabsichtigten Umzugsnotwendigkeiten nicht um einen möglichen Trend handle, und dieses auch nicht der Grund für ein Verlassen des unmittelbaren Zentrums sei. Er betonte, dass man sich bei der Wahl des Standortes respektive der Räumlichkeiten nach den wirtschaftlichen Kriterien orientiert habe. Die für den JobCenter zu nutzenden Räumlichkeiten würden letztlich aus Steuermitteln getragen, so dass man hier ein besonderes Augenmerk auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Kosten, Nutzen und Erreichbarkeit gelegt habe. Auch sehe er hier keine wirkliche Dezentralisierung durch den in Rede stehenden Standortwechsel, zumal die hier vorhandene Entfernung zum heutigen Standort lediglich 1,5 km Luftlinie betrage.

Betreffend der avisierten Zeitschiene könne man diese nicht konkretisieren. Hier seien mietvertragliche Belange mit dem derzeitigen Vermieter u.a. zu thematisieren. Kritisch sei aus seiner Sicht jedoch der Zustand der derzeitigen Räumlichkeiten und mögliche weitere Schäden hieran. Zur Frage möglicher Alternativen im Zentrum seien die ihm bisweilen bekannten leider zu unwirtschaftlich, und stellten insofern auch keine wirkliche Alternative dar.

Seitens der Verwaltung merkte Herr Gleß an, dass man als Stadt Sankt Augustin hier gerne bereit sei, über mögliche und potenzielle Alternativstandorte zu sprechen, sofern die jetzige Planung und Umzugsabsicht zu dem hier in Rede stehenden Standort aus politischen Gründen nicht zum Tragen komme. Hier sei aus seiner Sicht beispielhaft das als „Butterberg“ benannte Plangebiet eine mögliche und tragfähige Alternative, sofern die Belange, als auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten, seitens des JobCenters hier Konsens fänden. Herr Gleß betonte, dass es am Willen der Verwaltung und der Stadt Sankt Augustin nicht scheitern solle.

Der Vorsitzende, Herr Knülle, erfragte letztlich noch die Möglichkeit, ob aus Sicht des JobCenter auch denkbar sei, den Leistungs- und Servicebereich im hiesigen Zentrum zu belassen, und lediglich die übrigen Bereiche sodann in einen Neubau im Plangebiet Einsteinstraße unterzubringen.

Herr Holtkötter entgegnete, dass man über eine derartige Möglichkeit bisweilen keine konkreten Überlegungen angestellt habe – diese jedoch gerne in die Überlegungen aufnehmen werde. Gleichwohl bedürfe es auch hier entsprechender Räumlichkeiten im Zentrum, welche eine entsprechende Eignung, als auch Bezahlbarkeit, aufwiesen.

Sodann sprach der Vorsitzende für die Erläuterungen sowie die Beantwortung der seitens des Ausschusses gestellten Fragen dem Geschäftsführer des JobCenters, Herrn Holtkötter, seinen Dank aus.

